



Klare Regeln gegen Filz

Lutz Lienenkämper MdL, Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

„Vertrauen ist der Anfang von allem“ – mit diesem Slogan warb vor einigen Jahren ein deutsches Bankunternehmen. Ganz sicher wäre dieser Werbespruch heute nicht mehr für alle Institute zeitgemäß, denn es geht inzwischen vor allem um die Wiederherstellung verlorengegangenen Vertrauens, nachdem die Finanzkrise in eine allgemeine Wirtschaftskrise übergegangen ist. Spätestens nach den jüngsten Nachrichten aus Köln besteht die ernsthafte Gefahr, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in Sparkassen und öffentliche Unternehmen nachhaltig erschüttert wird und der Eindruck entsteht, es herrsche eine Mentalität der Selbstbedienung oder Freundesversorgung vor. Das Fehlverhalten einzelner führt dazu, dass die Arbeit öffentlicher Unternehmen insgesamt in Misskredit geraten könnte. Diesem drohenden Vertrauensdefizit gilt es entgegenzuwirken.

Wir sind der Überzeugung, dass das beste Mittel dazu ist, der Öffentlichkeit noch mehr von dem zu sagen, was in den Unternehmen gemacht wird. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP in der Plenarwoche im Februar ein Transparenzpaket für öffentliche Unternehmen unter der Überschrift „Mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen – Vorstandsvergütungen offenlegen“ durchgesetzt. Die Landesregierung ist beauftragt worden, entsprechende Gesetzesvorlagen zu unterbreiten.

Wir sind der Meinung, dass die Bürger bei Unternehmen, an denen die öffentliche Hand zumindest mehrheitlich beteiligt ist, zu Recht einen besonders hohen Informationsanspruch haben. Schließlich werden öffentlichen Unternehmen von staatlicher Ebene und damit indirekt von der Allgemeinheit Mittel bereitgestellt. Außerdem trägt die öffentliche Hand das Risiko des unternehmerischen Handelns: die Unternehmensführung muss sich gegenüber



den Bürgerinnen und Bürgern umfassend für ihr Handeln verantworten und daher transparent und individualisiert die gewährten Organvergütungen offenlegen. Darüber hinaus fordert die CDU-Landtagsfraktion, die Transparenz bei Beraterverträgen in öffentlichen Unternehmen zu erhöhen.

Deshalb sollten die im Deutschen Corporate Governance Kodex erarbeiteten Regelungen auf öffentliche Unternehmen übertragen werden. Dies betrifft insbesondere eine Festlegung, nach der mit ehemaligen Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitgliedern bzw. den jeweilig entsprechenden Organvertretern für einen bestimmten Zeitraum (z.B. innerhalb von 2 Jahren nach Beendigung der Tätigkeit) keine Beratungs- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge geschlossen werden dürfen.

Im Hinblick auf eine Einstufung von als kritisch zu bewertenden Geschäftsvorfällen können die Ausführungen von be-

währten Prüfungsgrundsätzen, wie sie das Institut der Wirtschaftsprüfer e.V. (IDW) für die Durchführung von Abschlussprüfungen hinsichtlich der Beziehungen von Unternehmen zu nahestehenden Personen erlassen hat (IDW Prüfungsstandard 255), auch bei öffentlichen Unternehmen des Landes und der Kommunen Berücksichtigung finden. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Redlichkeit des Handelns öffentlicher Unternehmen ist insgesamt erschüttert und muss nun sorgsam und umsichtig wieder aufgebaut werden. Das gilt insbesondere auch im Interesse der weit überwiegen- den Mehrheit redlich handelnder Unternehmen. Wir brauchen klare Regeln. Wir wollen Filz und Vetternwirtschaft vermeiden und gleichzeitig die weit überwiegende Mehrzahl der redlichen Unternehmen und ehrenwert handelnden Organmitglieder stärken. ■

+++ Termine +++ Termine +++

10.03.2009

Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim Schmid
„Das Direct Manufacturing Research Center (DMRC)“
ein Besuch der MIT Kreis Gütersloh an
der Universität Paderborn
Pohlweg 55, 33098 Paderborn, 19.00 Uhr

02.04.2009

Magnus Staehler, Bürgermeister der
Stadt Langenfeld
„Wie wird Mülheim an der Ruhr
schuldenfrei?“
„Talk im Schloss“ der MIT Mülheim
a.d. Ruhr
Schloss Broich, 19.00 Uhr

24.04.2009

Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender
der MIT
„Erfolg in der Rezession“
eine Veranstaltung der MIT Kreis Viersen
Autohaus Xaver Schmid GmbH, Daimler-
straße 1-3, 47877 Willich, 18.30 Uhr

Viele weitere Termine finden Sie auf unse-
ren Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

Personen/Vorstände

MIT Kreis Herne

Der neue Vorsitzende der MIT Herne heisst Lutz Schewe. Der 42-jährige löst damit Ulrich Volkert ab. Als Stellvertreter und Geschäftsführer wurde Peter Möcklinghoff gewählt. Weiterer Stellvertreter wurde



Lutz Schewe

Horst Severin. Den Geschäftsführenden Vorstand ergänzen Rainer Wasmuth als Schatzmeister und Alexander Glock als Schriftführer. Des Weiteren wurden in den Vorstand gewählt: Yilmaz Dereli, Ilyias Evelyk, Jürgen Hausmann, Henning Hengst, Volker Mecking, Andrea Oehler, Elisabeth Roetsches, Hans-Ulrich Schuh, Oliver Daniel Sopalla und Florian Zahn. Kassenprüfer sind Andreas Barzik und Daniel Linnkamp.

MIT Rhein-Erft-Kreis

Mit großer Mehrheit wurde in Frechen Markus Quetting aus Wesseling zum neuen Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung des Rhein-



Von Links: Ralf Dünow, Markus Quetting, Petra Stegemann und Rudolf Lauff

MIT Mülheim a.d. Ruhr

ADAC-Präsident besucht die MIT Mülheim

Der MIT-Vorsitzende Hans-Martin Schlebusch konnte den ADAC-Präsidenten Peter Meyer zum diesjährigen Martinsgansessen im Mülheimer Golfclub Raffelberg begrüßen. Peter Meyer bekannte sich zum Mittelstand auch deswegen, weil der eigene Verband des ADAC mit 36 Unternehmen mittelständisch organisiert sei. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise warb Meyer für kleinere, verbraucher-

erft-Kreises gewählt. Zur ersten Stellvertreterin wurde Petra Stegemann aus Erftstadt gewählt. Komplettiert wird das neue Führungsteam durch Dr. Rudolf Lauff und Ralf Dünow als weitere stellvertretende Vorsitzende. „Die CDU war und ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. In der Wirtschaftskrise haben sich nun leider auch die letzten Reste dessen aufgelöst, was einmal die Identität der CDU war.“ so Quetting. „Mit diesem neuen Team haben wir eine ausgezeichnete Basis, unsere Ziele nachhaltig durchzusetzen“.

MIT Kreis Warendorf

Die CDU-Mittelständler sind nicht mit allem einverstanden, was sich die große Koalition in Berlin als angebliche Wohltaten für die Wirtschaft und die Konsumenten im Zeichen der Krise ausgedacht hat. Auf der Mitgliederversammlung der Kreis-MIT äußerten der Vorsitzende Henning Siebert und der MIT-Bezirksvorsitzende Uwe Kombrink Kritik an dem gerade verabschiedeten Konjunkturpaket II. Im Mittelpunkt der Versammlung standen die Neuwahlen zum Kreisvorstand und zu sämtlichen Gremien der Fachvereinigung. Henning Siebert wurde wiedergewählt. Nachdem sich die Versammlung darauf verständigt hatte, dem Vorschlag des Kreisvorstandes zu folgen und statt drei nur zwei Stellvertreter zu wählen, wurden einmütig Werner Lanwehr aus Warendorf und Dr. Hartmut Schütte aus Oelde zu Stellvertretern bestimmt. Susanne Block aus Ahlen wurde ebenso in ihrem Amt als Schriftführerin bestätigt wie Tobias Hagemeyer aus Ostbevern. Der Beckumer Eberhard Gross, der der Versammlung von einer sehr soliden Kassenlage berichtete, bekam als Schatzmeister mit Wolf-Rüdiger Adler (Ahlen)



Die Mitgliederversammlung der MIT Warendorf

erstmalig einen Vertreter. Als Beisitzer wurden gewählt: Stefan Bureck, Anke Ronge (beide Beckum), Wolfgang Urban und Rainer Witte (Oelde).

MIT Sankt Augustin

Beeindruckende Neumitgliederzahlen für einen Stadtverband: Ein herzlicher Glückwunsch geht an die MIT Sankt Augustin. Diese konnte im vergangenen Jahr 66 neue Mitglieder gewinnen, so der Vorsitzende Herbert Montexier. Nicht nur eine hübsche Schnapszahl, sondern für einen Stadtverband der MIT auch Ausweis einer sehr erfolgreichen Mitgliederwerbung.



Der Vorstand der MIT Sankt Augustin



Von Links: Bürgermeister Markus Püll, Peter Meyer, Oberbürgermeisterkandidat der CDU-Mülheim Stefan Zowislo, Hans-Martin Schlebusch und die beiden Organisatoren der Veranstaltung der MIT, Dr. Margrit Tomadisch und Ursula Bellenbaum

cherfreundliche Autos und eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes gerade auch bei den PS-starken Autos, denn nur unter diesen Voraussetzungen sei das Motto des ADAC „Freie Fahrt für freie Bürger“ mit so wenig wie möglich Geschwindigkeitsbeschränkungen auf den Autobahnen und Fernstraßen denkbar und politisch durchsetzbar. Die große Nähe zum Bürger (die Mitgliedschaft übersteige die Einwohnerzahlen von Österreich und der Schweiz) lasse den ADAC nach neuen Service-Feldern suchen, davon zeugten die vielen Rettungs-Aktionen von ADAC-Mitgliedern im Ausland.



++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++

Regionale Wirtschaftsförderung in der Rezession

50 Mrd. für Schulen, Straßen, Netze: Die Bundesregierung stellt sich mit dem größten Konjunkturprogramm Deutschlands ihrer Verantwortung in der schwersten Rezession seit 1949. Das Programm geht in die richtige Richtung. Doch reicht Masse allein nicht aus, um die Rezession wirklich zu bremsen. Es bedarf auch einer zielgerichteten Entlastung des Mittelstandes. Erheblicher Handlungsbedarf besteht im Hinblick auf die bereits bestehenden Förderprogramme. Insbesondere der GA-Rahmen-

plan „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und dessen nordrhein-westfälische Umsetzung, das Regionale Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes NRW (RWP), müssen endlich mittelstandskonform ausgestaltet und angewendet werden. Das RWP soll Investitionsanreize zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeits- und Ausbildungsplätzen in den strukturschwachen Regionen des Landes geben. Auf diesem Wege soll die Einkommenssituation vor Ort verbessert und so die regionale Wirtschaftsstruktur gestärkt werden. Zudem will das RWP die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen unterstützen. So gut diese Idee ist, so schlecht ist ihre Umsetzung. Mit der RWP-Förderung verbindet sich nicht nur die Verpflichtung, ein bestimmtes



Rechtsanwalt Dr. Christian Teuber, Aderhold Gassner Rechtsanwaltsgesellschaft GmbH, Mitglied des RölfsPartner Competence Centers Public Sector

Arbeitsplatzziel zu erreichen. Vielmehr müssen die neu geschaffenen oder gesicherten Arbeitsplätze über einen Bindungszeitraum von 5 Jahren besetzt bleiben. Wer diese Vorgaben nicht einhält, dem droht die Rückforderung der erhaltenen Fördermittel, nebst einer stattlichen Zinsforderung. Konjunkturelle Schwankungen vermögen diesen Prozess nicht zu stoppen. Grundsätzlich eröffnen allein marktstrukturelle Veränderungen ein Rückforderungsrisiko. Veränderungen der Marktstruktur sind aber in aller Regel

kaum nachzuweisen, so dass diese Bestimmung faktisch leerläuft. Ein Ausnahmetatbestand, mit dem in existenzbedrohlichen Situationen eine Stundung, die Niederschlagung oder sogar der Erlass eines Rückforderungsanspruchs beantragt bzw. gebilligt werden kann, ist demgegenüber so wenig bekannt, dass er vielfach übersehen wird. Nicht Veränderungen der Marktstruktur, sondern gerade konjunkturelle Schwankungen bilden derzeit die Hauptursache dafür, dass viele Unternehmer ihr Arbeitsplatzziel nicht vollständig erreichen können. In der Folge sehen sie sich verstärkt Zuschussrückforderungen ausgesetzt. Das an sich ist schon paradox, denn die durch den konjunkturellen Abschwung schon bis an ihre Grenze belasteten Unternehmen werden durch die sofort fälligen Rückzahlungsauffor-

derungen wirtschaftlich in eine noch weitaus schwierigere Lage gebracht. Der Abbau weiterer Arbeitsplätze – und damit verbunden erneute Zuschussrückforderungen – drohen. Dieser fatalen Abwärtsspirale muss Einhalt geboten werden, EU-Beihilferecht hin oder her. Die Unternehmen sollten sich verstärkt gegen Rückzahlungen zur Wehr setzen, juristisch und politisch. Das RWP ist kein Schönewetterprogramm, es muss auch in wirtschaftlichen Krisensituationen funktionieren. Fast noch schlimmer aber ist, dass beständig eine mangelnde Unterstützung bei Rückforderungsproblemen beklagt wird. Dies beginnt bei typischen „Fallstricken“ wie z. B. dem vorzeitigen Maßnahmebeginn und setzt sich bis zur Aufklärung über die „rettenden“ Ausnahmetatbestände bei Zuschussrückforderungen fort. Unternehmerinnen und Unternehmer verzweifeln oftmals regelrecht. Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung beschränkt sich vor diesem Hintergrund nicht auf die bloße Bereitstellung von Fördermitteln. Gesetzgeber, Landesregierung und NRW.Bank sind – gerade unter einer CDU/FDP-Koalition – mehr denn je gefordert, Ermessensspielräume zugunsten der Unternehmen zu schaffen, zu suchen und zu nutzen. Sie müssen den mittelständischen Unternehmen mehr eine deutlich größere Flexibilität bei der Abwicklung von Förderprogrammen zubilligen. Hier setzt eine bürgerliche Mittelstandspolitik an, die den Bedürfnissen der Praxis entspricht. Es ist noch viel zu tun.

MIT Neukirchen-Vluyn

Feltgenhof in der Hand des Mittelstandes

Bis auf den letzten Platz gefüllt war beim Weihnachtsgansessen 2008 der MIT Neukirchen-Vluyn der Feltgenhof. Über 70 Gänsekeulen, Bratäpfel, Klöße und Maronen mussten die Pächter Gabriele Passens und Michael Phillips zubereiten, was ihnen vorzüglich gelang. Das war das „Perfekte Dinner“, darüber war man sich einig. Der Vorsitzende des Neukirchen-Vluyn Stadverbandes der MIT, Michael Darda, freute sich über den guten Zuspruch aus den Reihen der Mitglieder: „Es ist inzwischen eine gute Tradition, sich gemeinsam auf das Weihnachtsfest einzustimmen und bei angeregten Gesprächen Politik und Wirtschaft zur Nebensache zu erklären. Privat und persönlich ist die Unterhaltung. Das macht auch ein Stück Zusammenhalt der Vereinigung aus.“ Untermalt wurde der Jahresausklang durch eine musikalische Darbietung der Musikschule Neukirchen-Vluyn. Die Nachwuchsakteure Svenja Spickers (Klavier) und Laura Richter (Geige) spielten Stücke von Wolfgang Amadeus Mozart und von Igor Strawinsky und zeigten ihr herausragendes Können.



MIT Lohmar**Mit dem Thema „Pisa“ ins neue Jahr**

Mit munteren Worten konnte der MIT-Vorsitzende, Heinz-Rüdiger Ramme, zahlreiche Gäste zum vierten gemeinsamen Neujahrsempfang von CDU und MIT im Ratssaal der Stadt Lohmar begrüßen. In gebotener Kürze ließ er das turbulente Jahr 2008 Revue passieren und wagte einen Ausblick in das sicher nicht minder turbulente neue Jahr, bevor der CDU-Vorsitzende Horst Krybus ebenso kurz und prägnant die Erfolgsbilanz des letzten Jahres und der zu Ende gehenden Legislaturperiode präsentierte. Gastred-

ner und Ehrengast war der Staatssekretär im Ministerium für Schule und Wirtschaft NRW, Günter Winands, der zum Thema „Pisa und kein Ende“ mit Spannung erwartete Aussagen zur Schulpolitik des Landes machte. Ausdrücklich lobte er die Leistungen der Stadt Lohmar im schulischen Bereich. Mit dem Versprechen, es im nächsten Jahr zum fünften Mal erneut gemeinsam zu versuchen, klang der gelungene Neujahrsempfang bei zwanglosen Gesprächen und in fröhlicher Stimmung aus.



von links: Heinz-Rüdiger Ramme, Horst Krybus, Sts Günter Winands, Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB, Michael Solfs MdL, Bürgermeister Wolfgang Röger

Aus dem Landesverband**Neue Materialien der MIT NRW abrufbar**

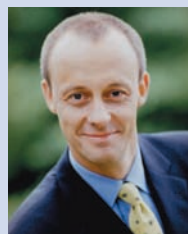
Mit Jahresbeginn hat die Landesgeschäftsstelle der MIT eine ganze Reihe von neuen Veröffentlichungen aufgelegt, die die MIT-Verbände in NRW kostenlos für ihre Arbeit bestellen können. Kernstück ist die 16-seitige Broschüre zur „Mülheimer Erklärung“ der MIT, in der die landespolitische Ausrichtung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung für die kommenden Jahre festgelegt ist. Der Beschluss der Landestagung im September des vergangenen Jahres ist die erste programmatische Beschlussfassung einer politischen Organisation für die kommende Legislaturperiode in NRW. Es darf seitens anderer CDU-Vereinigungen gerne abgeschrieben werden.

Des Weiteren hat die MIT eine mit neuerer Beschlussfassung aktualisierte Broschüre „Wofür wir stehen: Privat vor Staat“ aufgelegt. Außerdem abrufbar: Der neue ju-MIT-Imageflyer „Jung und Erfolgreich: Bei uns genau richtig!“ Einfach an die MIT-Landesgeschäftsstelle wenden und bestellen: info@mit-nrw.de oder Telefon: 0211-13600 43/44/45

Bei anderen gelesen...**„Neoliberaler Turbokapitalismus“**

Es dürfte einer der erfolgreichsten Beiträge des früheren CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler zur heutigen politischen Debatte sein, das Wort „neoliberaler Turbokapitalismus“ in das Lexikon der politischen Begriffe eingeführt zu haben. Die Worte „neoliberal“ und „Turbokapitalismus“ sollen sich dabei gegenseitig infizieren und so ihr (Un-) Werturteil noch weit über die reine Addition von Adjektiv und Substantiv hinaus steigern. Turbokapitalismus für sich genommen scheint bereits die neue Geißel der Menschheit zu sein. Abgrundtiefe Verachtung ist dem Turbokapitalismus jedoch endgültig sicher, wenn er dazu noch im Gewand des Neoliberalen daherkommt. Gut organisierte Ressentiments gegen die Marktwirtschaft und gegen

den Wettbewerb sorgen bis weit in die Reihen der Intellektuellen aller Fachrichtungen hinein für Abscheu und Empörung. Und zahlreiche Medien übernehmen kritiklos den neuen, antiliberalen Jargon. Es ist das Verdienst von Hans Willgerodt, emeritierter Professor der Volkswirtschaftslehre, [...] aus der Geschichte des Liberalismus heraus nachgewiesen zu haben, dass es in Deutschland gerade die Ordoliberalen der Nachkriegsgeschichte waren, die mit ihrer Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft die maßgeblichen Rahmenbedingungen für den Kapitalismus geschaffen haben. Sie wollten die Fehler des Liberalismus des 19. Jahrhunderts korrigieren und bezeichneten sich gern und häufig selbst als „neoliberal“. [...]



Der Autor des Buches „Mehr Kapitalismus wagen“, Friedrich Merz

Die Liberalen in Deutschland sind seit jeher zu zurückhaltend in der Vertretung ihrer Überzeugungen. Anders als Marxisten und Sozialisten sind sie schon immer weit davon entfernt gewesen, „ihre eigenen Lehren pseudoreligiös zu immunisieren“ (Willgerodt). Das unterscheidet Christdemokraten und Liberale noch heute von den Parteien des linken Spektrums bis hin zu Oskar Lafontaine, der in seinem politischen Leben wohl nie von Selbstzweifeln geplagt war. Vor diesem Hintergrund haben es die antiliberalen Sprechchöre nicht schwer, dem Liberalismus auch noch das Vokabular streitig zu machen und es gegen ihn selbst zu richten. Es macht die Sache nicht besser, dass auch zahlreiche Christdemokraten an dieser oberflächlichen Rhetorik Gefallen finden.

Quelle: Merz, Friedrich: „Mehr Kapitalismus wagen. Wege zu einer gerechten Gesellschaft“, München: Piper Verlag, 2008, Seite 63 f.



MIT Neukirchen-Vluyn

Ein klares „Ja“ für die Ortszentren

Gleich zwei CDU-Bürgermeisterkandidaten, Harald Lenßen aus Neukirchen-Vluyn und der Kamp-Lintforter Siegfried Schrempf, besuchten die Mitgliederversammlung der MIT Neukirchen-Vluyn. MIT-Vorsitzender Michael Darda hatte zum Grünkohl-Essen in die Vluynner Stuben geladen. Hans-Joachim Hamerla von der Architektur-Stadtplanung-Stadtentwicklung Hamerla, Gruß-Rinck, Wegmann und Partner, die ihren Firmensitz in Düsseldorf hat, referierte zum Thema Stadtentwicklung. In seiner Begrüßung meinte Michael Darda mit Blick auf langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren: „Es tut sich viel zu wenig im Bereich der Stadtentwicklung. In



Von Links: Hans-Joachim Hamerla und Michael Darda

Neukirchen-Vluyn sieht es beinahe noch so aus, wie vor 15 Jahren“. Hamerla referierte über die sich wandelnden Rahmenbedingungen der Städteplanung wie demografischer Wandel und die Etablierung der Bildungs- und Freizeitgesellschaft mit ihren

jeweiligen Ansprüchen. Das wäre ein Aspekt, den die Wirtschaftsförderung nicht berücksichtigt. Und darauf sei auch der Niederrhein nicht eingestellt, der sich momentan zur Logistikkreuzung entwickeln möchte.

Gepflegt würden allerorts eher Bedenken sowie Verfahrens- und Sichtweisen, wie etwas nicht geht. Bekanntlich liegt zwischen Neukirchen und Vluyn das 84 Hektar große Gelände der ehemaligen Zeche Niederberg. Hierauf bezogen betonte Hamerla, dass das Konzept „Grüne Wiese“ Auslaufmodell sei. Auf diesem Gelände von allem ein bisschen anzusiedeln, sprich ein bisschen Handel und ein bisschen Wohnbebauung, sei eher beliebig und zu gefährlich, weil es zu wenig nachhaltige Perspektive böte. Hamerla verlangte die Stärkung der vorhandenen beiden Ortszentren in den Fokus zu nehmen.

MIT Jüchen

MIT trifft... „auf die Finanzmarktkrise“

Über 50 Interessierte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung kamen und wurden nicht enttäuscht. Der Vorsitzende der MIT Jüchen, Thomas Welter, begrüßte zunächst in den Geschäftsräumen der örtlichen Raiffeisenbank insbesondere deren Vorstandssprecher, Friedhelm Franken, und dankte ihm für die stets vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle des Mittelstandes. Nach der Begrüßung zeigte der Abteilungsleiter der WGZ-Bank, Dirk Laufer, sehr anschaulich und ohne Beschönigungen die Ursachen und Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf, die längst die heimische Wirtschaft

erreicht hat. „Nicht zuletzt die Geldgier der Menschen habe viele Banken und die Weltwirtschaft in eine schwere Krise geführt“, so Laufer. Die anschließende, rege Diskussion zeigte, wie sehr das Thema alle vor Ort bewegt und wie wichtig das Vertrauensverhältnis zwischen den örtlichen Unternehmern und ihrer Hausbank ist. „Mittelständler sind die Stütze unserer Gesellschaft. Verantwortliche Führung von Unternehmen, Eigenverantwortung und Sorge für die Mitarbeiter und deren Familien sind Tugenden eines ehrbaren Kaufmanns und Handwerksmeisters“, so Welter.

MIT Ochtrup

Schauerte: „Ohne den Mittelstand geht es nicht“



Beim gemeinsamen Neujahrsempfang von MIT und CDU Ochtrup brach der Landesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Hartmut Schauerte MdB, als Hauptredner eine Lanze für

den Mittelstand. Finanzjongleure haben dagegen den Großteil der aktuellen Probleme verursacht, wobei in den weltumspannenden Geldpipelines oftmals nur heiße Luft war. Schauerte freute sich im Cafe Laurenz in Ochtrup unter anderem auch mit Landrat Thomas Kubendorff, Jens Spahn MdB, Hannelore Brüning MdL sowie der CDU-Vorsitzenden Renate Lenderich und dem MIT-Vorsitzenden Hajo Steffers zum Thema „Anforderungen an eine moderne Mittelstandspolitik“ diskutieren zu können. Und seine Botschaft war eine optimistische: „Unser Mittelstand ist ein Schatz für unsere Wettbewerbsfähigkeit“ und nun gelte es „klug und vorausschauend die wirtschaftlichen Brandherde zu löschen“. Dann werde Deutschland sogar gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorgehen können, denn viele Unternehmen hätten ihre Aufgaben in den letzten Jahren vorbildlich gemacht.



Von Links: Bürgermeisterin Margarete Kranz, CDU-Bürgermeisterkandidat Michael Jansen, Dirk Laufer, Friedhelm Franken und Thomas Welter

MIT Sankt Augustin

MIT-Vorsitzender eröffnete Bilderausstellung der Künstlerin Sandrine

Auf besonderen Wunsch der Künstlerin Sandrine eröffnete der MIT-Vorsitzende Herbert Montexier aus Sankt Augustin vor ca. 50 eingeladenen Gästen die Vernissage „kulinariArt“, die erste Dauerausstellung der Hennefer Künstlerin Sandrine im romantischen Restaurant „Knusperhäuschen“ in Sankt Augustin-Mülldorf. Die Künstlerin präsentierte den geladenen Gästen ihre 22 neuen Bilder. Unter den neuen Werken steht das größte Bild der Ausstellung mit 1,50m x 1,20m im Mittelpunkt, das zugleich auch den Namen der Ausstellung „kulinariArt“ trägt. „Kunst ist ein menschliches Kulturprodukt, das Ergebnis eines kreativen Prozesses ist“, so der MIT-Vorsitzende Herbert Montexier in seiner Eröffnungsrede. Visionen und kreatives Umsetzen sind die Ge-



Die Künstlerin freute sich über die Worte des MIT-Vorsitzenden zu Kunst und Unternehmertum

meinsamkeiten, die die Künstler und Unternehmer miteinander verbinden. Ohne diese Schaffenskraft würde es weder Bewegung sowohl in Kultur und Kunst, noch in Wirtschaft oder Politik geben, so der Vorsitzende der MIT Sankt Augustin.

Viele Unternehmer unterstützen deshalb auch unbekannte Künstler, wie hier die Inhaberin des Restaurants „Knusperhäuschen“ in Sankt Augustin-Mülldorf Frau Birgit Jebing, die die Räumlichkeiten und Verköstigung den Gästen für die Künstlerin Sandrine zur Verfügung stellte. Wer die Bilder der Vernissage zu „kulinariArt“ von der Künstlerin Sandrine sehen möchte, kann dieses noch bis Ende Juni in den Räumen des „Knusperhäuschen“ in Sankt Augustin-Mülldorf.

MIT Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl nominiert

Am Samstag, den 14.3.2009 wird in Mülheim die Landesvertreterversammlung die Landesliste der CDU NRW zur Bundestagswahl beschließen. Eine ganze Reihe von MIT Mitgliedern wurden von den CDU Bezirksverbänden für die Liste vorgeschlagen, einige von Ihnen unterstützt die MIT NRW besonders. Daher fasste der MIT Landesvorstand hierzu in seiner letzten Sitzung den folgenden einstimmigen Beschluss:

„Die MIT NRW unterstützt für die Aufstellung der Landesliste zur Wahl des Deutschen Bundestages: 1. Philipp Mißfelder, 2. Dr. Dieter Jasper und unterstützt 3. darüber hinaus noch in besonderer Weise (in alphabetischer Reihenfolge) Marie Luise Dött, Laurenz Meyer und Lena Strothmann.“

Bitte unterstützen Sie, soweit Sie Delegierte sind, unsere MIT Kandidaten und werben Sie bei den Delegierten Ihres CDU Kreisverbandes für die Kandidaten der MIT.

MIT Bezirk Ostwestfalen-Lippe

MIT informiert über Wirtschaftsförderung

„2,57 Milliarden Euro Landes- und EU-Mittel stehen in NRW zur Verfügung. Es handelt sich weniger um eine klassische Investitionsförderung, sondern um eine gezielte Innovationsförderung.“ Dies schrieb der in

Georgien weilende EU-Abgeordnete Elmar Brok den Zuhörern der EFRE-Informationsveranstaltung. Das in Detmold diskutierte Thema „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung“ stieß dabei auf großes Inte-



Von Links: Axel Martens, Josef Wegener (Bezirksregierung), Bodo Löttgen MdL, Wolfgang Boeck (OWL Marketing), Hartmut Heinen (EFRE Fachbeirat), Dr. Harald Pohlmann

resse bei Unternehmern, Bankern und Wirtschaftsförderern. „Sollte man das Geld nicht lieber bei den Steuerzahlern und bei den Unternehmen belassen, anstatt es anschließend über Fördergelder wieder zurückzahlen? Lehnt die Wirtschaft nicht eigentlich das „süße Gift“ der Subvention ab?“ fragte der Hauptgeschäftsführer der lippischen IHK Axel Martens. Er mahnte zum bewussten Umgang mit der staatlichen Umverteilung. Dennoch biete gerade das EFRE-Programm jetzt die Chance auch für Unternehmen, ihre Innovationsziele gemeinsam zu erreichen. Bodo Löttgen MdL lobte die Landespolitik: „Vor einigen Jahren lagen wir in NRW bei der Innovationsförderung dramatisch hinten. Unsummen wurden in den Bau von Gründerzentren im Ruhrgebiet verschwendet. Während unter der alten Landesregierung beispielsweise 150 Millionen Euro allein nach Dortmund flossen, erhielt im gleichen Zeitraum OWL nur 12 Millionen. Heute wird im Wettbewerbsverfahren das beste Projekt durch Jurauswahl gefördert.“ „Jedes Unternehmen sollte sich fragen, ob nicht eine Investition in Forschung und Entwicklung auch als Verbundprojekt mit einer Hochschule in den Genuss der EFRE-Förderung kommen könnte.“ Hierzu forderte der Bezirksvorsitzende der Mittelstandsvereinigung OWL, Dr. Harald Pohlmann, auf.

MIT Langenfeld, Monheim und Hilden MIT – Das Mittel gegen die Krise

180 Gäste wollten beim traditionellen Neujahrsempfang der MIT Langenfeld, Monheim und Hilden in der Langenfelder Stadthalle den angekündigten Referenten Dr. Karl-Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler, hören und sehen. Diesen hinderte jedoch kurzfristig eine Grippe am Erscheinen. Für krisenerprobte Mittelständler kein unlösbares Problem. Schließlich hatten die Gastgeber Hans-Dieter Clauser (Langenfeld), Stefan Tegethoff (Hilden) und Peter Werner (Monheim) mit Landrat Thomas Hendele und dem scheidenden Bürgermeister Magnus Staehler hochkarätigen Ersatz in petto. Beherrschendes Thema war natürlich die Finanz- und Wirtschaftskrise. Landtagsabgeordneter und Langenfelder MIT-Vorsitzender Hans-Dieter Clauser eröffnete den Reigen und betonte, dass nicht der Mittelstand an den Ursachen beteiligt sei, sondern abgehobene Manager bei Banken und Großindustrie, die niemals genug Profit bekommen konnten. Er skizzierte und kommentierte die laufenden Rettungsschirme und Konjunkturprogramme und begrüßte besonders das verlängerte Kurzarbeitergeld um die Menschen in Arbeit zu halten bis es wieder voran geht. Gleichzeitig geißelte er das ständige Krisengerede, bei dem ein Horrorszenario jeweils von einem noch furchtbareren abgelöst wird. Hier hält er diesen Protagonisten die Zuversicht und den Einfallsreichtum des Mittelstandes entgegen. M für Mut, I für Innovation, T für Tatkraft, das ist das Motto der

MIT und auch der Weg aus der derzeitigen Misere. MIT-Chef Peter Werner aus Monheim rief die Unternehmen auf, auch in schweren Zeiten die Ausbildungsanstrengungen fortzusetzen und mit Elan die Ausbildungsmesse der Agentur für Arbeit am 23.6.2009 zu unterstützen. Landrat Thomas Hendele wartete in seinem Beitrag mit einer Vielzahl konkreter Beispiele für positive Entwicklungen auf Kreisebene auf. Für ihn ein klarer Grund zu Optimismus für eine baldige Verbesserung der Lage. Der Landrat des schuldenfreien Kreises Mettmann war damit natürlich der ideale Vorredner zum Bürgermeister der schuldenfreien Stadt Langenfeld, Magnus Staehler. Staehler konnte ebenfalls deutliche Belege für positive Entwicklungen liefern, sprach sich aber ganz deutlich gegen Konjunkturprogramme und Rettungsschirme für Unternehmen auf Kosten der folgenden Generationen aus. Der Steuerzahler sei nicht für die Expansionsgelüste einer Frau Schaeffler in Anspruch zu nehmen. Den Rettungsschirm für das Finanzwesen nahm er ausdrücklich von dieser Kritik aus. Er favorisierte Steuersenkungen als probates Mittel und traf damit die Meinung der meisten Mittelständler, die es gewohnt sind, sich aus eigener Kraft aus schwierigen Situationen befreien zu können und zu müssen. Auch der Hildener MIT-Vorsitzende Stefan Tegethoff sah keinen Grund für eine optimistische Erwartungshaltung der Mittelständler in Bezug auf



(von links) Die 3 Gastgeber Peter Werner, Hans-Dieter Clauser Mdl und Stefan Tegethoff

staatliche Unterstützung. Doch angesichts der guten Ausgangsbasis einer Vielzahl von erfahrenen Unternehmern sprach sich Tegethoff dafür aus, genau an den bisherigen Erfolgen festzuhalten, sich auf seine Kernkompetenzen zu konzentrieren und die positiven Ziele nicht aus den Augen zu lassen. Lobend erwähnte er in diesem Zusammenhang die Aussagen der Unternehmen im Rahmen der jährlich von MIT, Industrieverein und Stadtmarketing Hilden durchgeführten Konjunkturumfrage. Hier zeige sich die emotionale Wirkung der Krisenmeldungen in der Form, dass einerseits gut 50 % der Befragten sowohl die Entwicklung ihrer eigenen, als auch die der allgemeinen, wirtschaftlichen Lage als „eher sinkend“ einschätzten, gleichzeitig aber 80 % nicht über Entlassungen nachdenken. Dies sei ein „sehr gutes Zeichen“, so Tegethoff.

Neues aus dem PKM im Bundestag:

Wirtschaftskrise: Unternehmensteuerreform jetzt nachbessern

Die 2008 in Kraft getretene Unternehmensteuerreform belastet gerade ertragschwache Firmen stärker als angenommen. Nicht nur international tätige Konzerne, auch der Mittelstand ist davon häufig betroffen. Zu diesem alarmierenden Ergebnis kommen zahlreiche aktuelle Untersuchungen. CDU und CSU hatten bereits im letzten Jahr mehrfach auf diese Mängel hingewiesen und den Bundesfinanzminister zu Korrekturen aufgefordert, zuletzt im Rahmen der Beratungen zum Jahressteuergesetz. In der derzeitigen, dramatischen Rezession wirken insbesondere drei der damaligen Missbrauchsbekämpfungs- und Gegenfinanzierungsmaßnahmen – Zinsschranke, Verlustverrechnung sowie Gewerbesteuerhinzurechnung – gefährlich prozyklisch und verschärfen die ohnehin

schwierige Lage vieler Unternehmen in der Wirtschafts- und Finanzkrise unnötig.

Die Zinsschrankenregelung begrenzt die Geltendmachung von Zinsaufwendungen auf 30 Prozent des EBITDA. Eine besonders starke Einschränkung des Abzugs erfolgt daher, wenn sinkende Gewinne und ein ansteigendes Zinsniveau zusammentreffen. Zusätzlich zu diesen Belastungen steigt dann auch noch die relative Steuerlast. Bei der Gewerbesteuer haben sich die Bemessungsgrundlagen durch die Hinzurechnung von Fremdkapitalkosten und Finanzierungsanteilen an Mieten und Pachten verbreitert. Verlierer sind wirtschaftlich schwache Betriebe beispielsweise im Einzelhandel, die nun in vielen Fällen ihre Steuerschuld nur noch aus der Substanz bezahlen können. Und

die neuen Beschränkungen der Verlustverrechnung gefährden erfolgversprechende Unternehmenssanierungen. In der Substanz gesunde Firmen, die allein aufgrund des weltweiten Konjunkturerinbruchs in Schwierigkeiten geraten sind, drohen so trotz tragfähigem Konzept in Konkurs zu gehen.

Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb seinen dringenden Appell an Regierung und Koalitionsspitzen erneuert, diese Regelungen der Unternehmensteuerreform kurzfristig nachzubessern oder für die nächsten zwei Jahre komplett auszusetzen, damit es zu keiner unnötigen Krisenverschärfung kommt. Einhellig unterstützt wird diese Forderung auch von den Finanzpolitikern.

Mehr Haftung tut Not



PStS Hartmut Schauerte
MdB

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Politik fest im Griff. Mit Bankrettungsschirmen und Konjunkturprogrammen beispiellosen Umfangs wird versucht, systemische Risiken im Bankensektor in den Griff zu bekommen und gleichzeitig die Realökonomie möglichst schnell wieder auf einen robusten Wachstumspfad zu lenken. Dieses Vorgehen scheint alternativlos. Dennoch beängstigen die astronomischen Summen, die hierfür mobilisiert werden müssen. Sie werden über viele Jahre in Form von zusätzlichen Staatsschulden auf dem Gemeinwesen lasten und müssen von künftigen Generationen geschultert werden.

Neben der akuten Krisenbewältigung rückt auch die Frage, welche Lehren aus dem Kollaps der Kapitalmärkte zu ziehen sind, mehr und mehr in den Fokus. Ein „weiter so“ – darin sind sich alle einig – darf es nicht geben. Die Staats- und Regierungschefs diskutieren derzeit auf nationaler, europäischer sowie internationaler Ebene über Konsequenzen. Im Kern geht es dabei um einen besseren Regulierungsrahmen für Kreditinstitute und andere Finanzmarktakteure, um höhere Transparenz von komplexen Produkten, strengere Bilanzierungs- sowie Eigenkapitalunterlegungsvorschriften, eine schärfere staatliche Aufsicht sowie die Optimierung der internationalen Zusammenarbeit.

All dies sind notwendige Antworten. Sie bedürfen allerdings einer Flankierung durch eine auf mehr Nachhaltigkeit ausgerichtete Management-Kultur. Denn die Krise ist auch dem breitflächigen Fehlverhalten in den Chefetagen der globalen Finanzindustrie geschuldet. Wohlfeile Apelle an das Verantwortungsgefühl sind durchaus berechtigt. Sie lösen aber das zugrunde liegende Problem nicht. Genauso wenig wie die öffentliche Schelte von Gier und kurzfristigem Renditerausch. Diese Einlassungen, so zutreffend sie im Einzelfall sein mögen, führen nicht weiter. Manager verhalten sich letztlich so, wie die gegenwärtige Unternehmensverfassung es vorgibt bzw. zulässt.

Deshalb brauchen wir auch ein neues Nachdenken über eine zukunftsfähige Corporate Governance, also darüber, wie Wohlverhaltensregeln von Vorständen und Aufsichtsräten besser gefasst werden können. In Deutschland haben wir damit bereits begonnen. Auslöser war hierzulande eine öffentliche Debatte über die Höhe von Managergehältern. Eine Arbeitsgruppe der großen Koalition hat sich vor kurzem auf Vorschläge geeinigt, die mehr Langfristorientierung in der Unternehmensführung bewirken sollen. Beispielsweise wollen wir durch Änderungen im Aktiengesetz die Sperrfrist für Aktienoptionen des Managements auf vier Jahre verdoppeln, eine Herabsetzung der Vorstandsvergütung erleichtern und auch Versorgungsleistungen offengelegen.

Das sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Ein zentraler Baustein fehlt allerdings: Das Prinzip der stärkeren per-

sönlichen Haftung von Entscheidungsträgern muss auch in die Publikums-gesellschaften Einzug halten. Persönliche Haftung gehörte schon für die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft zu den konstitutiven Prinzipien der Wettbewerbsordnung. Als natürliche Bremse im unternehmerischen Kalkül bewirkt sie den verantwortlichen Umgang mit anvertrautem Kapital, zwingt dazu, die Märkte vorsichtig abzutasten und Investitionsentscheidungen sorgfältig abzuwägen.

Eine solche natürliche Hemmschwelle gegen riskante Entscheidungen oder die Verschleuderung von Vermögen ist im Mittelstand seit jeher fest verankert. Die Mehrzahl kleiner und mittlerer Firmen wird von Eigentümer-Unternehmern geleitet, in deren Person die Funktion des Entscheiders und des Haftenden zusammenfallen. Auch mittelständische GmbHs oder AGs bilden hierzu keine durchgängige Ausnahme, da die Familienstämme, oft sogar in Person des Gesellschaftergeschäftsführers, in aller Regel mit ihrem Privatvermögen gegenüber der Hausbank bürgen.

Die MIT NRW hat schon vor Jahren einen konkreten Vorschlag gemacht, wie neben dem bestehenden, in der Praxis eher stumpfen Schwert des Schadenersatzes bei schwer gerichts-fest nachweisbarem Sorgfaltspflicht-verstoß mehr Verantwortungsbe-wusstsein bei Vorständen und Auf-sichtsräten erreicht werden kann: Durch die Einführung eines normativen Mindestschadens von Organmit-gliedern in Höhe des letzten Jahresge-haltes, sofern ein Entlastungsbeweis nicht erbracht werden kann. – Diese Idee ist aktueller denn je.

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Klaus Gravemann (verantwortlich), Stefan Simmnacher, Julia Lüdecke

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Tel.: 02 11–1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11–1 36 00 42/8 54 95 97

Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag & Gestaltung: Mittelstands-Verlags-gesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2–6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 91 33 33

Druck: Evers-Druck, Meldorf